

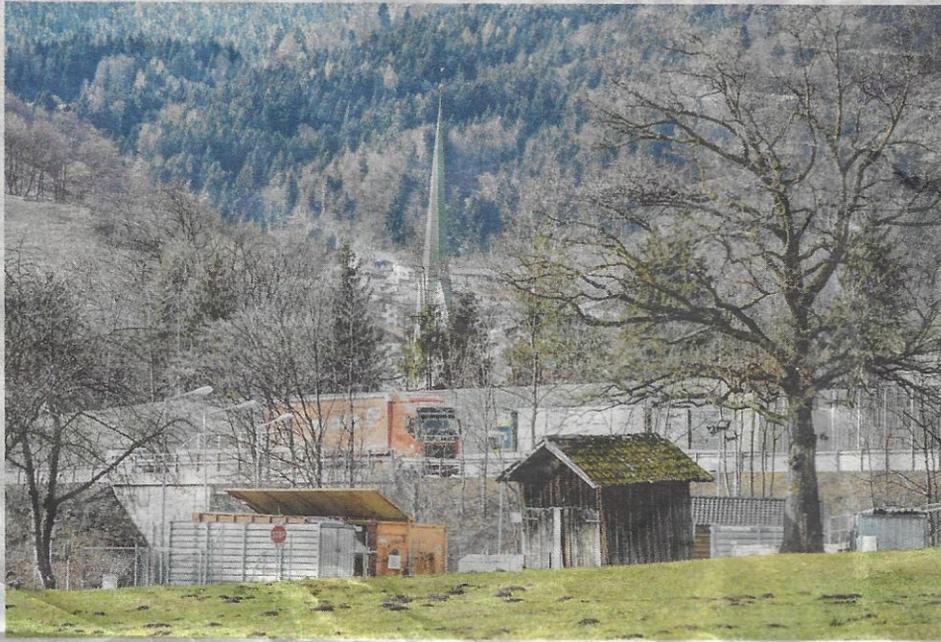
„Wir werden noch alle krank“

Nach der Erhöhung einer Lärmschutzwand klagen Anrainer über eine größere Belastung. Die Asfinag spricht von „subjektivem Empfinden“, ein Experte fordert andere Messmethoden

Von Michaela S. Paulmichl

Wiesing – Des einen Freud, des anderen Leid: Das könnte für die Anrainer auf beiden Seiten der Inntalautobahn in Wiesing zutreffen – dort, wo die Lärmschutzwand auf der Nordseite um hundert Meter verlängert und teils auf fünf Meter erhöht wurde. Seither sollte es zumindest in der dahinter liegenden Rofansiedlung ruhiger geworden sein. Auf der anderen Seite der Autobahn jedenfalls – südlich gibt es keine schützende Mauer – klagen die Bewohner nun über eine „extreme Verschlechterung“ der Lärmproblematik, wie Josef Widner sagt.

Er lebt in der Siedlung Bradl südlich der Autobahn und hat – nachdem auch sehr viele Bäume gefällt wurden – freie Sicht auf den vorbeiziehenden Verkehr. „Draußen ist es fast nicht mehr auszuhalten“, sagt er. Sein Nachbar Otto Fröschl spricht von einer „unerträglichen Situation“: „Wir werden ja noch alle krank! Trotz doppelter Verglasung der Fenster hat man manch-



Die Lärmschutzwand wurde um 1,1 Millionen Euro erhöht und verlängert.

Fotos: Böhm

mal den Eindruck, die Autobahn geht mitten durch die Wohnung durch.“ Er hat sich ein Lärmmessgerät gekauft, das manchmal noch um 22 Uhr über 60 Dezibel anzeigt.

Laut Lärmkarte des Umweltministeriums liegt Bradl in einem Bereich, in dem über Tag, Abend und Nacht gemittelte Lärmpegel bis zu 65 Dezibel festgestellt wurden. Die Berechnungen stammen von

2017, seither hat der Verkehr weiter zugenommen.

Günter Fritz von der Asfinag meint auf Anfrage, dass man die Beschwerden ernst nehmen und sich die Situation ansehen werde. Im Frühjahr sollen Lärmmessungen durchgeführt werden. Berechnungen hätten aber ergeben, dass auf der Südseite, wo Widner und Fröschl wohnen, keine Notwendigkeit für Lärmschutz bestehe.

„Wir mussten die alte Lärmschutzmauer, die in die Jahre gekommen war, erneuern“, sagt der für die Projektentwicklung in Westösterreich zuständige Regionalleiter. Dabei sei hochabsorbierendes, schallschluckendes Material verwendet worden. Anders als bei einer Glaswand, die Schall reflektiere, sei das hier nicht der Fall. Bei der beanstandeten Verschlechterung könn-

te es sich um „subjektives Empfinden“ handeln.

Der Tiroler Medizin- und Lärmexperte Peter Lercher widerspricht den Aussagen der Asfinag: „Die Lärmschutzwände absorbieren zwar die höheren Frequenzen der mit Benzol betriebenen Autos, bei den tieferen Frequenzen der Dieselfahrzeuge und der mit Lkw ist aber praktisch keine Absorbierungswirkung vorhanden.“ Das gelte auch bei Schallschutzfenstern, die bis 60 Hz nur eine geringe Wirkung zeigen. „Wenn die hohen Frequenzen wegfallen werden die tiefen stärker wahrgenommen. Das ist auch der Grund, weshalb die Anrainer den Schall nun stärker wahrnehmen.“ All das werde aber bei den Lärmmessungen nicht berücksichtigt.

Lercher fordert außerdem die seit 2005 geltenden Schwellenwerte – 55 Dezibel am Tag und 50 der Nacht – an die Vorgaben der WHO anzupassen. 53 Dezibel für den Tag, für die Nacht. „Für alles was darüberliegt, wurden Auswirkungen auf die Gesundheit beobachtet.“



Otto Fröschl (links) und Josef Widner setzen sich dafür ein, dass auch ihr Wohngebiet vor dem Autobahnlärm geschützt wird.

Erstmals Topographie beachtet

Innsbruck – Im Regierungsprogramm, Kapitel Verkehr und Infrastruktur, sind aufgelistet: „bedarfsgerechter Ausbau des Lärmschutzes unter Miteinbeziehung von Kriterien wie Topographie, Anteile des Schwerverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen und bestehenden Schutzmaßnahmen für effizientere Lärmschutz-

maßnahmen in besonders sensiblen und von Verkehr geprägten Regionen“. Damit würde erstmals die Topographie berücksichtigt werden, wie vom Transitforum seit Langem gefordert. Tirol kann durch die Hanglagen im Inntal nicht etwa mit dem Burgenland verglichen werden. „Lärm reduziert sich aber nicht durch die

Ankündigung von Maßnahmen“, fordert Transitforum-Chef Fritz Gurgler konkrete Schritte.

Er will außerdem weiter für das Verursacherprinzip kämpfen – den Verursacher des Lärms muss für die Beseitigung sorgen und nicht die Gemeinden oder Privatpersonen – sowie für die Senkung der Lärm-schwellengrenzwerte.